

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Herr Landrat, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

der Kreistag entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten des Landkreises und kann Grundsätze für die Verwaltung des Landkreises festlegen. Die Beschlussmöglichkeiten des Kreistages sind auf die eigenen und übertragenen Aufgaben des Landkreises beschränkt. So weit die offizielle Beschreibung der Kompetenzen eines Kreistags.

Das bedeutet konkret: Welche Ziele haben wir in Bezug auf die Aufgaben des Landkreises, welche Maßnahmen sind zum Erreichen dieser Ziele notwendig und: Welche Beschlüsse sind dafür zu fassen?

Klingt simpel, ist es aber nicht, denn: Die Beschlussmöglichkeiten werden im Wesentlichen durch die Finanzen bestimmt. Konkret: Der Haushalt bestimmt die Spielräume.

Lassen Sie mich zunächst im Namen meiner Fraktion, der Grünen und Unabhängigen, unsere Zielsetzungen für die Weiterentwicklung des Kreises Heidenheim mit den entsprechenden Schlussfolgerungen darlegen. Wer sich mit dem Haushaltsplan 2017 auseinandergesetzt hat, den wird unsere Bewertung im Hinblick auf unsere Ziele nicht überraschen.

Der Landkreis Heidenheim ist überwiegend ländlicher Raum mit einem industriell geprägten Zentrum. Deswegen ist Infrastruktur wesentlich.

Infrastruktur heißt: intakte Straßen, aber auch bedarfsgerechter ÖPNV mit guter Anbindung sichere Rad- und Fußwege und an eine zuverlässige Bahn. Kollege Stahl hat auf die Unzulänglichkeiten hingewiesen. Welchen „Hammer“ er allerdings gegenüber einem Konzern, der dem Bund gehört, aus der Schublade holen will, würde uns schon interessieren.

Erste Ausschreibungen im Rahmen des überarbeiteten Nahverkehrsplans sind im Gange. Mit den althergebrachten Angeboten werden wir in der Fläche des Landkreises keinen bedarfsgerechten Nahverkehr gewährleisten können. Deswegen ist es aus unserer Sicht notwendig, neue Angebotsformen (Rufbus, E-Bürgerbus u.A.) z.B. in Form von Pilotversuchen zu erproben. Auch deswegen, weil man sich an diese Angebote als Nutzer*in gewöhnen muss.

Es gibt im Landkreis einen Radwegeplan, der nur sehr schleppend umgesetzt wird. Unserer Ansicht nach mangelt dies u. A. daran, dass Kommunen die Hälfte der Kosten beim Bau eines Radwegs entlang einer Kreisstraße tragen müssen. Das ist unlogisch.

Warum? Man stelle sich vor, uns würde ein Antrag vorgelegt, dass die Kommunen zukünftig die Hälfte der Kosten einer Kreisstraße zahlen sollten. Den Aufschrei mag man sich gar nicht vorstellen.

Die fifty/fifty-Regelung ist auch ungerecht, weil Flächengemeinden gegenüber kompakten Gemeinden benachteiligt sind, also gerade die, wo sich der Umstieg vom Auto aufs Rad anbietet.

Deswegen gehört die Mitfinanzierung durch Städte und Gemeinden abgeschafft.

Infrastruktur bedeutet auch Breitbandversorgung. Wenn Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben wollen, das reicht vom Konzern bis zum Landwirt, wenn der Landkreis attraktiv für Bürgerinnen, privat und beruflich, bleiben will, ist ein zukunftsfähiger Internetanschluss unverzichtbar. Aus unserer Sicht gehört die Breitbandversorgung zur Daseinsvorsorge und damit in öffentliche Hand.

Uns macht Sorge, dass die Telekom mit einem scheinbar verlockenden, aber aus unserer Sicht vergifteten Angebot versucht, die Gemeinden aus der gemeinsamen Breitbandinitiative zu lösen. Vectoring ist keine zukunftsfähige Anbindung. Die Telekom versorgt nur dort, wo es lukrativ ist. Wir beklagen auch in diesem Gremium die um sich greifende Rosinenpickerei der Privatwirtschaft, wir sollten sie nicht auch noch unterstützen. Leider kann der Landkreis in dieser Hinsicht nur durch Information und Aufklärung wirken.

Dennoch sind wir im Landkreis Heidenheim in Bezug auf die digitale Infrastruktur auf einem guten Weg. Das

ist vor allem das Verdienst des Wirtschaftsförderers. Ein Kompliment an Sie, Herr Setzen und ihr Team. Wir schätzen die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, aber auch mit der WiRo. Gerade die regionale Wirtschaftsförderung leistet auch über die Region hinaus Beachtliches. Um so bedauerlicher, dass sich die lokalen Banken aus dem Engagement dort zurück gezogen haben. Das reißt eine Lücke in den ohnehin mageren Etat. Wir hätten uns an dieser Stelle eine andere Art von Wertschätzung gewünscht.

Daseinsvorsorge, dabei denkt man natürlich und zuerst an Nahrung, Wohnung und Gesundheit. Eher in zweiter Linie an eine geregelte Entsorgung.

Wie wichtig diese ist, erkennt man am ehesten dann, wenn man in Orten und Regionen unterwegs ist, wo die Abfallentsorgung nicht organisiert ist. Um so mehr schätzen wir die Arbeit des Kreisabfallwirtschaftsbetriebs. Die ständige Weiterentwicklung und Anpassung hat ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis zur Folge. Umwelt- und energetische Fragen werden selbstverständlich mitgedacht und mitdiskutiert. Dafür sprechen wir Herrn Bareth zum bevorstehenden Abschied noch ein Mal stv. für seine ganze Truppe unsere Anerkennung aus und hoffen auf eine eben so zuverlässige Nachfolge.

Nahrung: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis ist dramatisch gesunken, weil die Bedingungen für bäuerlich geprägte, kleinräumige Landwirtschaft immer schwieriger werden.

Wir Grüne und Unabhängige haben großen Respekt vor den Bäuerinnen und Bauern, die trotzdem ihren Beruf mit Leidenschaft -die braucht man in diesem Beruf genau so, wie in der Politik- ausüben.

Uns liegt viel daran, die Landwirtschaft beim Erzeugen gesunder, vertrauenswürdiger Produkte, die Ihnen ein anständiges Einkommen sichern, zu unterstützen. Über 15% der hiesigen landwirtschaftlichen Fläche wird biologisch bewirtschaftet. Darauf sind wir als Grüne natürlich stolz, wir sehen aber im gemeinsamen Ziel, saubere und gesunde Lebensmittel von stabilen regionalen Betrieben für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, keinen Konflikt.

Die Unterstützung durch Beratung des Landwirtschaftsamts, Förderung des regionalen Vertriebs und touristischer Angebote, also Wirtschaftsförderung und entsprechende Förderanträge u.A. bei Leader und ELR wird unserer Wahrnehmung nach von Seiten der Landwirtschaft sehr geschätzt.

Wohnung: Wir haben im Landkreis nicht die drückende Wohnungsnot wie in den Zentren. Dennoch gibt es Druck im Wohnungsmarkt, nicht erst seit der Zuwanderungswelle im letzten Jahr. Diese hat den Mangel lediglich verschärft und dadurch ins Bewusstsein gerufen.

Wollen wir Menschen im Landkreis halten und für Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften attraktiv sein, brauchen wir bezahlbaren Wohnraum, vor allem für junge Menschen und junge Familien.

Das kommunale Instrument für die Steuerung hier ist die Kreisbau. Wir streben an, dass die Kreisbau funktionale und flexible Gebäude für das untere Drittel des Mietpreissegments errichtet, die bei Bedarf entsprechend aufgewertet werden können, dies als mindestens als 0- besser als Plus-Energie-Haus. Das spart Betriebskosten und Emissionen. Entgegen der landläufigen Meinung geht kostengünstiges und energiesparendes Bauen zusammen, wir haben es am Holzbautag jüngst eindrucksvoll demonstriert bekommen. Wir erwarten, dass die Kreisbau sich diesem Thema intensiv widmet, denn: Nur was nachhaltig ist, ist auch sozial!

Laut Richtwertekonzept KdU gibt es bei uns genügend Wohnungen für sozial Schwache. Dennoch steigen die Obdachlosenzahlen. Die Pflicht für die Unterbringung liegt bei den Kommunen. Leider ist die Betreuung dieser Personengruppe, die dringend notwendig wäre, von Seiten des Bundes ungeklärt. Die Sozialverbände agieren hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die sehr beschränkt und völlig unzureichend sind.

Wichtig wäre aus unserer Sicht an dieser Stelle eine Unterstützung von Seiten des Landkreises, damit mittelfristig Kommunen entlastet werden.

Gesundheitsversorgung: Arztpraxen in kurzer Entfernung, so weit es geht ohne PKW erreichbar, das ist vor allem für Ältere und Familien wichtig. Für die stationäre Grundversorgung in zuverlässiger Qualität haben wir ein Kreisklinikum mit besonderem Profil, das wir trotz aller Widrigkeiten in kommunaler Hand halten wollen. Deswegen ist es notwendig und richtig, das Klinikum mit Kapital und Investitionsfonds zu unterstützen.

Die Notversorgung ist durch das zukunftsfähige DRK gesichert, für sehr kurze Reaktionszeiten sorgen zusätzlich Helfer vor Ort im Ehrenamt. Eine Struktur, die, wo vorhanden, beeindruckend funktioniert.

Uns liegt daran, diese Strukturen zu erhalten und, wo notwendig und zuständig, organisatorisch und finanziell zu unterstützen.

Bildung: Ebenfalls Daseinsvorsorge und Pflichtaufgabe. Wer tatsächlich die „Zukunft im Blick“ hat, kommt nicht daran vorbei, diesem Thema Priorität einzuräumen.

Bei Kleinkindbetreuung und im Allgemeinbildenden Bereich ist das Aufgabe von Städten und Gemeinden. Sie ringen um die bedarfsgerechte Versorgung und Qualität, weil sie um die Bedeutung für die Attraktivität ihrer Gemeinde wissen.

Die Zuständigkeit für die Kindertagespflege ist im Landratsamt angesiedelt. Sie gewährleistet flexible und dezentrale Betreuung, hat strukturbedingt aber immer mit Fluktuation zu kämpfen. Das liegt u.A. an der geringen Vergütung. Der Mindestlohn greift hier nicht. Eine Anhebung des Aufwandsersatzes von 5,50 € ist dringend geboten, um wenigstens den Abstand zum Mindestlohn nicht weiter anwachsen zu lassen.

Aus unserer Sicht ist dies notwendig, damit gerade für Eltern mit unregelmäßigen Arbeitszeiten und Alleinerziehende die Herausforderung, Familie und Beruf zu vereinbaren, nicht zusätzlich erschwert wird.

Erhöhte Aufmerksamkeit bedürfen Sonder- und berufliche Schulen. Gerade im Hinblick auf rasante technische Entwicklungen, Stichwort Industrie 4.0, brauchen wir Schulen mit aktueller Ausstattung für zeitgemäßen Unterricht. Dazu gehört auch Aufenthaltsqualität, sprich saubere und ansprechende Räume. Deswegen ist der Sanierung von Schulen und notwendigen Baumaßnahmen Vorrang einzuräumen.

Damit sind wir ganz schnell bei Energieversorgung und Klimaschutz. In der Region wird inzwischen in beträchtlichem Umfang Energie regenerativ erzeugt. Folgerichtig sollte diese ortsnah gebraucht werden. Deswegen streben wir die Ökologisierung der Energieversorgung an. Angesichts der Nähe zum größten AKW und Zwischenlager der Republik steht es dem Landkreis gut an, hier voran zu kommen.

Ökologisierung heißt u.A.: Bezug ökologisch erzeugten Stroms und nachhaltig erzeugter Wärme und Ökologisierung des Fuhrparks sprich Umstellung auf nicht-fossile Antriebe. Kurz und neudeutsch:

Dekarbonisierung.

Das heißt auch, Energieeffizienz, also energetische Sanierung von Gebäuden und Beschaffung sparsamerer Geräte, u.A. „Green-IT“.

Das Stichwort IT passt gut, um den Blick darauf zu lenken, wie die Kreisverwaltung aufgestellt sein muss, um ihre Aufgaben auch in Zukunft angemessen und zuverlässig erfüllen zu können.

Aus unserer Sicht leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Beachtliches. Im Namen meiner Fraktion spreche ich Ihnen allen meinen Dank für Ihre Arbeit und Ihr Engagement aus.

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist es einerseits notwendig, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Fülle der Aufgaben anzupassen. Im Sozialbereich, der für alle Städte und Gemeinden im Landratsamt verwaltet wird, hat es Anzeichen für ein Missverhältnis gegeben. Eine externe Untersuchung zeigte die Lücke in der Personalkapazität nachvollziehbar auf. Die Stellenaufstockung ist dringend notwendig.

Ich sprach von einerseits. Andererseits steigen die Anforderungen an die Qualifikation des Personals ständig. Die Suche nach solchen Menschen wird immer schwieriger, auch, weil die Konkurrenz auf dem Stellenmarkt groß ist und wir als öffentlicher Arbeitgeber mit den Löhnen und Gehältern nicht mit der Wirtschaft mithal-

ten können. Deswegen sind gute Arbeitsbedingungen für die Attraktivität um so wichtiger. Dazu gehören Sicherheit des Arbeitsplatzes, flexible Arbeitszeiten und Ähnliches, z.B. ein Angebot, kostengünstig und umweltfreundlich zur Arbeit zu kommen. Die Einführung eines Jobtickets ist aus unserer Sicht nur ein, aber für den Träger des ÖPNV zwingender und logischer Baustein zur Attraktivität für die Beschäftigten.

Attraktivität, nicht nur für die Beschäftigten, sondern vor allem für die Einwohner des Landkreises; ich komme noch ein Mal darauf zurück.

Mit Blick auf die Zukunft beschäftigt uns immer wieder, wie wir bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Interesse für „ihren“ Landkreis und für Kreis- und Kommunalpolitik wecken können. Berührungspunkte gibt es ja viele, auf Kreisebene die beruflichen Schulen, Jugendhilfe, Suchtprävention und -beratung und und und. Die meisten registrieren dies, wenn überhaupt, nur bei der Beantragung des Führerscheins. Das ist schade und zu wenig.

Ein Angebot z.B. in Form eines Planspiels mit der Fragestellung: Wie funktioniert eigentlich Landkreis? könnte dazu beitragen, das Interesse zu wecken. Vielleicht entwickeln gerade die jungen Mitarbeiter*innen und Azubis des Landkreises dazu andere, bessere Ideen. Einen Versuch wäre es auf jeden Fall wert.

Im Hinblick auf die Attraktivität freut es uns besonders, dass die Opernfestspiele neben dem Fußball das öffentliche Bild von Stadt und Kreis prägen. Vom Prinzip her würden wir das gerne anerkennend unterstützen.

Damit sind wir beim Unterschied zwischen „Wollen“ und „Können“.

Ich habe es bereits einfürend erwähnt: Die Beschlussmöglichkeiten werden im Wesentlichen durch die Finanzen bestimmt. Der Haushalt bestimmt die Spielräume.

Wer den vorgelegten Entwurf auf die Spielräume untersucht, findet darin: Nichts!

Nur ganz grob: Der Haushalt sieht minimale Investitionen vor, der Abschreibungsbetrag übersteigt die Investitionssumme fast um das Doppelte. Übersetzt: Die Investitionen reichen bei weitem nicht aus, um die Substanz zu erhalten.

Gleichzeitig sieht der Plan eine Nettoneuverschuldung von rund 2,5 M € vor. Dazu kommen 2,8 M € Verpflichtungsermächtigungen, quasi ein „Kreditvortrag“ auf den nächsten Haushalt; geplante zusätzliche Verschuldung faktisch 5,3 Millionen.

Sanierungen sind gedeckelt, vor allem an den Schulen wird gespart.

Mittels fragwürdiger Ansätze, globale Minderausgabe 400.000 €, Erhöhung des Planansatzes Grunderwerbsteuer 600.000 € wird der Plan geschönt.

Fazit: Im vorliegenden Haushaltsplan sind keinerlei Handlungsspielräume vorgesehen. Woran liegt's?

In den vorausgegangenen Jahren hat sich der Kreistag den finanziellen Rahmen immer weiter beschnitten, weil die von den Städten und Gemeinden finanzierte Kreisumlage der Posten ist, der die Einnahmen entsprechend bestimmt. Es sind weder Eigenkapital für Investitionen noch Einnahmeüberschüsse für freiwillige Maßnahmen vorhanden, Liquiditätsengpässe werden in Kauf genommen.

Die Verwaltung handelt mit der Erfahrung aus den alten Debatten in vorauseilendem Gehorsam mit einem zögerlichen Entwurf, wohl wissend, dass das Geld so schon nicht reicht und es Bemühungen geben wird, die Kreisumlage noch weiter zu drücken.

Kurz: Es fehlt der politische Wille, auf Kreisebene zu gestalten. „Zukunft im Blick“, diesem Anspruch wird dieser Haushalt in keinerlei Hinsicht gerecht.

Die Debatten sind von der Grundhaltung geprägt, dass Gestaltungsspielräume im Landkreis Heiden-

heim ausschließlich den Städten und Gemeinden zustehen. Gesteuert wird dies über die Kreisumlage. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, dass der größte Brocken, der die finanziellen Spielräume einschränkt, beim Landkreis liegt: Der Sozialhaushalt. Über dessen Struktur und Widrigkeiten haben meine Kollegen schon ausführlich gesprochen.

Wider der Erfahrung und zugegebenermaßen wider besseren Wissens sind wir Grüne und Unabhängige davon ausgegangen, dass bei den vollmundigen Erklärungen zur Unterstützung des Klinikums gerade von Seiten der Gemeinden klar ist, dass bei den mageren Kreisfinanzen wenigstens diese Summe aus der Kreisumlage finanziert wird. Weit gefehlt! Auch dieses soll der Haushalt zusätzlich leisten.

Das ist, zurückhaltend formuliert, kurzfristig und unfair.

Uns ist angesichts des Zahlenwerks klar, dass wir als Minderheit keinerlei Aussicht haben, auch nur eine der oben aufgezeigten notwendigen Maßnahmen anzugehen.

Trotzdem hoffen wir auf ein Mindestmaß an Einsicht und appellieren gleichermaßen an Gremium und Verwaltung:

Es ist in höchstem Maß unvernünftig und unverantwortlich, sich ohne Ablösung von zinsträchtigen Alt-krediten mit 2,5 M € neu zu verschulden. Verpflichtungsermächtigungen noch nicht einmal berücksichtigt.

Und: Der Verzicht auf notwendige Sanierungen verursacht unweigerlich höhere Betriebs-, Reparatur- und höhere Sanierungskosten. Wenn eine spätere Sanierung dann überhaupt noch möglich ist.

Deswegen beantragen wir den Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung und einen Investitionsfonds mit Schwerpunkt Klimaschutz in Höhe von 500.000€.

Das Ziel dieses Fonds ist, anstehende Sanierungen mit dem Fokus auf CO₂-Einsparungen vorzuziehen. Die sich daraus ergebenden Einsparungen sollen in diesen Fonds rückgespeist werden, um später weitere Vorhaben finanzieren zu können.

Finanziert werden können diese Maßnahmen nur aus der Erhöhung der Kreisumlage. In Anbetracht der Sätze, die die mittelfristige Finanzplanung vorsieht: 2018 38,75%; 2019 41%, 2020 gar 41,5% - wie diese durchgesetzt werden sollen, ist uns allerdings schleierhaft- halten wir eine Erhöhung auf 37,5% für angemessen und vertretbar, vor allem in Hinblick darauf, dass zukünftige Haushaltsjahre entlastet werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.